

Berlin wird sein Neubauziel voraussichtlich auch 2023 nicht erreichen

Berlin wird voraussichtlich auch im Jahr 2023 sein Neubauziel von 20.000 fertiggestellten Wohnungen nicht erreichen. Bausenator Christian Gaebler (SPD) erklärte auf einer Senatspressekonferenz, dass es aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen schwierig sei, überall bedarfsgerecht zu agieren. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 17.310 fertiggestellte Wohnungen in Berlin gemeldet. Ein Projekt, das Gaebler besonders herausstellt, ist die Änderung eines Flächennutzungsplans am Lichterfelder Ring in Tempelhof-Schöneberg. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Degewo plant hier den Bau von bis zu 340 Wohnungen, wobei die Hälfte davon Sozialwohnungen sein sollen. Die Änderung des Plans würde dem Bezirk das entsprechende Baurecht ermöglichen. Gaebler geht davon aus, dass dies bis …



Berlin wird voraussichtlich auch im Jahr 2023 sein Neubauziel von 20.000 fertiggestellten Wohnungen nicht erreichen.

Bausenator Christian Gaebler (SPD) erklärte auf einer Senatspressekonferenz, dass es aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen schwierig sei, überall bedarfsgerecht zu agieren. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 17.310 fertiggestellte Wohnungen in Berlin gemeldet.

Ein Projekt, das Gaebler besonders herausstellt, ist die Änderung eines Flächennutzungsplans am Lichterfelder Ring in Tempelhof-Schöneberg. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Degewo plant hier den Bau von bis zu 340 Wohnungen, wobei die Hälfte davon Sozialwohnungen sein sollen. Die Änderung des Plans würde dem Bezirk das entsprechende Baurecht ermöglichen. Gaebler geht davon aus, dass dies bis zum Jahr 2025 möglich sein wird und die Fertigstellung der Wohnungen im Jahr 2028 erfolgen kann.

Trotz solcher Projekte sind die Bauinvestitionen in Berlin rückläufig. Maren Kern, Vorständin des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, betonte die stagnierenden Einnahmen und die dramatischen Kostensteigerungen sowie die stark steigenden Zinsen, die tiefe Spuren bei den Wohnungsunternehmen hinterlassen. In einer Umfrage nannten die 340 Mitgliedsunternehmen des Verbands neben den steigenden Finanzierungskosten durch die Zinsentwicklung und Preissteigerungen bei Bau- und Handwerkerleistungen auch langwierige Baugenehmigungsverfahren als Bauhemmnis.

Der Senat plant, noch in diesem Jahr eine Änderung der Bauordnung vorzunehmen, um Erleichterungen für klimagerechtes Bauen zu ermöglichen. Beispielsweise sollen Holzbau und Photovoltaik zukünftig weitgehend genehmigungsfrei sein. Doppelregelungen sollen vermieden werden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz äußerte Kritik daran, da die Berücksichtigung ökologischer Themen in der Bauordnung zu mehr Rechtssicherheit für Bauherren führe und kostspielige Nachrüstungen vermieden werden könnten.

Zusätzlich plant der Senat ein „Schneller-Bauen-Gesetz“, das Verfahrensvereinfachungen ermöglichen soll. Details dazu sollen im Oktober von CDU und SPD vorgestellt werden und das Gesetz soll Anfang kommenden Jahres verabschiedet werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de